

Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.
Abonnementspreis: Monatlich 3.10 Mk. ohne Frangierlohn.

Druck und Verlag:
S. M. Borchs Buch- und Kunstverlag, Herborn.

Inserate: Die mm-Zeile 25 Bsp.
Fernruf 20. — Postfachkonto: Frankfurt/M. No. 17518.

Herborn, Montag, den 13. Dezember 1920.

77. Jahrgang.

Nr. 292.

Nebelbilder.

Der deutsche Militarismus ist tot. Um so fröhlicher ist so ungehindert kann sich der Militarismus in der Welt entwickeln, kann er blühen und gedeihen, wie der Friedensvertrag von Versailles keine Geltung hat, wie Wilsons 14 Punkte nicht ernsthaft genommen werden, als es verdienen, und wo der Völkerverbund das große Werk, der bekanntlich von Abrüstung und immer wieder von Abrüstung spricht, ohne doch nur den schäblichsten Versuch zu machen, dieses ungemein wichtige Problem mit der Hand anzupacken.

So lesen wir denn jetzt, daß der Vorsitzende des Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses in einer Rede über die japanische Frage folgendes gesagt hat: Amerika habe stets gehofft, einen Krieg mit Japan zu vermeiden. Die kalifornische Frage hänge von der Arbeitskraft ab. Massenurteile beständen nicht. Die Politik der allgemeinen militärischen Übungspflicht sei der beste Weg Amerikas. Solange Amerika einigermassen vorwiegend sei, bestehe keine Gefahr für einen Krieg zwischen Amerika und Japan.

Also die allgemeine Dienstpflicht müßte erfinden werden, wenn man sie nicht von Deutschland her kennengelernt und übernommen hätte. Und man hat uns ausgelacht, als wir immer wieder versicherten, wir wollten uns durch sie gegen solche Bedrohungen von Außen schützen. Uns hat man Selbsteroberungspläne nachgesagt, obwohl Deutschland nichts weiter wollte als die ihm von Natur verliehenen Kräfte zu wehren, aber auch zum Nutzen der ganzen Menschheit in ständiger Kulturarbeit regen zu können. Jetzt ist die ganze Welt über die Beute hergefallen, die mit unserer Niederlage frei geworden war, trotzdem unsere Gegner, je länger desto weniger der Einsicht sich nicht mehr verschließen, daß, wenn Deutschland zum allgemeinen Wettbewerb, zum freien Handelsverkehr wieder zugelassen wird, die bis in ihre innersten Tiefen erschütterte internationale Wirtschaft zusammenbricht.

In Belgien kämpft die Regierung für die Wiedernahme deutscher Kaufleute ins Land, nachdem infolge der geübten Behandlung der Deutschen in Antwerpen ein harter Abzug nach Rotterdam stattgefunden hat mit dem Erfolg, daß die Durchfuhrziffern der holländischen Hafenstadt wieder steigen, während diejenigen von Antwerpen sehr niedrig bleiben. Hier sieht man vor der Gefahr einer Katastrophe und muß sich von ausländischen Berichterstattern lassen, daß Rotterdam jetzt die Früchte der Dummheit in Antwerpen und der belgischen Regierung pflückt. Aber natürlich, vor lauter Militarismus sieht die Masse der Belgier noch immer nicht, was in der Welt vorgeht, wie sie sich vielleicht niemals erkennen wird, was in der Welt im Grunde den großen Krieg herbeigeführt hat. Auch die Amerikaner wollen stark werden und bleiben, um es nicht zu einem Krieg mit Japan kommen zu lassen.

Und hören wir, wie England, nachdem es der eigentlichen Geheißer der Welt geworden ist, über die Frage der Abrüstung denkt. Die britische Regierung ist, so läßt sie im Hinterhaus erklären, entschlossen, keine Reform zuzulassen, die Ausgaben mit sich bringt. Das Kabinett sei auch von der Notwendigkeit überzeugt, die militärischen Ausgaben bis zum letzten einzuschranken, soweit die Verpflichtungen des Reiches und die nationale Sicherheit dies erlauben (also der England immer übliche Werbefuß). Das Hauptfeld für die Sparmaßnahme sei der nahe Osten und der mittlere Osten, wo es die Lage erlaube (wieder der Werbefuß), während die Flotte in ihrer Stärke erhalten werden müsse. Die Sicherheit des Reiches und seine Verbindung zur See sicherzustellen, habe das Kabinett beschlossen, daß der Reichsverteidigungsausschuß die gesamte Frage der Flottenstärke mit Rücksicht auf die letzten Entwicklungen des Seeschlages gründlich unteruchen solle. Die Admiralität würde dem Parlament sein Programm für den Bau von Schlachtschiffen unterbreiten, bis die Ergebnisse dieser Untersuchung vorlägen. Das klingt nach allem anderen eher, als nach Abrüstung, und man darf ohne weiteres davon überzeugt sein, daß das Hauptprogramm der amerikanischen Admiralität, das die Unternehmungen, von denen hier die Rede ist, eine sehr erhebliche, wenn nicht die Hauptrolle spielen wird, und daß der Wettbewerb, der hier entbrannt ist, in den nächsten Jahren Entscheidungen zeitigen wird, die wir aus dem deutsch-englischen Flottenstreit noch sehr gut in Erinnerung haben können. So denkt und so handelt England, dessen Machtstellung niemals größer gewesen ist als heute.

Bei uns aber gibt es Richtungen, die kein höheres Ziel kennen, als selbst das Söldnerheer von 100 000 Mann, das die Entente uns gelassen hat, noch zu einem Nichts zusammenzufügen; die sich dagegen wenden, daß der Hauptausbruch des Reichstages kürzlich die erste Rate zum Bau eines kleinen Kreuzers bewilligt hat. Dürfen wir glauben, daß wir auf einer Insel leben, mitten auf dem Weltmeer, die die Bedingungen ihres Daseins völlig unabhängig von dem Geschehen in anderen Ländern, von den Wünschen und Zielen anderer Völker bestimmen kann? Das wäre eine Art von Nebelbildern, würdig der vielen Selbsttäuschungen, von denen wir uns im Kriege und Revolution haben führen lassen.

Dr. Sy.

Amerikanisch-japanische Spannung.

Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Japan sind ziemlich gespannt. Die New Yorker Zeitungen sind der Ansicht, daß das japanische Angebot, den Ausländern auf dem Felsen des Stillen Ozeans die Rechte der ansässigen Bevölkerung zu gewähren, wenn die Vereinigten Staaten diesen Privilegien Japan zubilligen, nur ein Mandat darstellt. Japan wisse sehr wohl, daß die Erteilung von ausüblichen Rechten gegen den Willen Kaliforniens unmöglich ist. Es wird vermutet, daß Japan die Absicht hat, sollte

ein Angebot abgelehnt werden, alle Annektionen der früheren deutschen Inseln im Stillen Ozean als zu unrettbar zu erklären. Die politischen Kreise in Washington stellen fest, daß Japan sich in den letzten Wochen merklich den Vereinigten Staaten entfremdet hat, und sind geneigt, an den Einfluss irgendeiner europäischen Macht zu glauben, die das Ziel verfolgt, die Vereinigten Staaten vollkommen zu isolieren, und zwar besonders in den Fragen des Stillen Ozeans und Mexikos.

Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 11. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Adolf Rühl (Vertreter der Gastwirte) Einspruch gegen die Schließung des Berliner Hotels. Die Behörden sollten zunächst bei den Privaten anfangen, die Schleichhandel treiben, nicht aber bei den Gastwirten, die das Fleisch weiter verarbeiten. Jetzt will der Reichstag die Bäckergewerkschaft noch verschärfen. (Sturme mit Rühl) Dann zwingen Sie uns auf die Straße zu gehen und die Betriebe zu schließen.

Ernährungsfragen.

Staatssekretär Dr. August Müller berichtet über die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Der Ausschuss hat die Aufhebung der Zwangswirtschaft bewilligt. Außerhalb der Reichsgebiete soll es werden für Getreide, Milch und Butter bis zum Herbst 1921. Eigentlich hat die Zwangswirtschaft selbst aufgehoben. Andere Brotversorgung erscheint gefährdet.

Abg. Dr. Köster: Über die Ernährungsnotlage können wir nur hinweg, wenn wir uns bemühen, Verständnis für die Produktionsbedingungen zu gewinnen. Der Landwirt muß einen bestimmten Teil seiner Produkte zur Ernährung seines Viehs behalten.

Reichsernährungsausschuß Dr. Herms:

Der Grundausschuß Dr. Köster über die organische Wirtschaft stimmt ich durchaus zu. Im Abbau der Zwangswirtschaft ist jetzt eine notwendige Pause eingetreten. Wenn Brotgetreide, Milch und Butter eine weitere Forderung nicht eintreten. In der Brotgetreidebewirtschaftung müssen wir rechtzeitig eine gesunde Umstellung beginnen. Die Landwirtschaft muß bei ihrer Propaganda auf das Interesse der Verbraucher Rücksicht nehmen. In einer katastrophalen Beurteilung der Brotgetreidelage ist keine Veranlassung. Sie ist nicht ungünstiger als im Vorjahre. Für eine Steigerung der Ablieferung wird gefordert.

Abg. Stinnes: Was nützt das Predigen von Idealismus und Moral? Die Regierung sollte sich ausschließlich auf Maßnahmen beschränken, die praktisch wirksam sind. Wir müssen dafür sorgen, daß das Schwein nicht aufkriecht. Die Millionen oder Milliarden zur Verbilligung der Düngemittel sind das billigste Mittel zur Hebung der nächsten Ernte. Das Geld bleibt im Lande. Die nächste Ernte ist die letzte Ernte, die wir zwangsverwirtschaften können.

Abg. Böhlein (Kommunisten): Auf dem Kartoffelmarkt waren die schlimmsten Vertriebler die Großindustriellen. Die Kommunalverbände, die ihre Ablieferungspläne nicht erfüllen, müssen an den Bräuer gestellt werden.

Abg. Frau Mühlam: Zwei Pfund Butter pro Kopf genügen nicht. Was nützen alle Versprechen der Landwirtschaft, was Hausfrauen sehen doch, daß keine Kartoffeln da sind.

Abg. Thomas (Arbeitnehmer): Die rheinischen Bauern haben ihre Pflicht nicht getan, sie haben sich gesund gemacht. Darauf verläßt sich das Haus.

Preussische Landesversammlung.

(106. Sitzung.)

Berlin, 11. Dezember.

Da die erste Sitzung gestern wegen Verschlussfähigkeit geschlossen werden mußte, fand heute eine zweite Sitzung statt. Die fortgesetzte Beratung des Vergewaltigungsrechtes brachte eine Rede des Ministers über die Verhältnisse der Eisenbahn. Die Eisenbahnverwaltung um 25 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahre in Aussicht stellen konnte. Dann wurde abermals die Verschlussfähigkeit festgestellt.

Seute folgte die erste Beratung des Entwurfs über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz verhandelt werden. Abg. Dr. Ruer (Dem.) sagt zur Geschäftsordnung: Ein Teil meiner Parteifreunde ist wegen des Parteitagess abwesend. Ich bitte, den Entwurf über die Grundsteuer heute von der Tagesordnung abzuleben. (Vebastes dort, hört bei den Soz. Große Unruhe und Sturme.)

Nach einiger Auseinandersetzung folgt die Abstimmung über den Antrag Ruer. Der Antrag wird mit dem Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. (Großer Lärm und Zwischenrufe bei den Soz. Anhaltende Unruhe.) Die Beratung der Grundsteuer ist damit abgelehnt.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Entwurfs betreffend das Gemeindefürsorgegesetz in Preußen. Nach dem Entwurf wird das Wahlrecht eines fünfjährigen Aufenthaltes gekürzt. Der Entwurf wird in zweiter und dritter Beratung ohne wesentliche Änderung von den bürgerlichen Parteien gegen die drei sozialistischen Gruppen angenommen.

Ein Antrag des Abg. Welhermel (deutschdem.), der von allen Parteien mitunterzeichnet ist, zur Änderung des Staatschuldenverwaltungsgesetzes, geht dahin, daß die Verrentung von Geldscheinen auch durch den Mißbrauch der überreichte unmöglich machenden Zerfaserungsverordnungen zulässig ist, wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Der Haushalt der Bergverwaltung

wird unverändert angenommen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Senats über schärfere Beaufsichtigung der Förderseile und ein Antrag der Sozialdemokraten auf eine schärfere Unterbindung der Förderseile, Förderseile und Gangvorrichtungen und um neue Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen im Bergbau; die Annahme dieser Anträge erfolgt einstimmig. Der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des allgemeinen Vergewaltigungsrechtes geht an den Handelsausschuß. Ebenso ein Antrag sämtlicher Parteien auf eine außerordentliche Vergütung für die durch das Sozialabkommen notwendig gewordenen Bild-Überwachungen an die staatlichen Bergwerksbeamten des Bergwerksdirektionsbezirks Reddinghausen; die Zulage soll vom 1. August 1920 ab gezahlt werden.

Unter Ablehnung sozialdemokratischer und unabhängiger Anträge erfolgte mit geringer Änderung die Annahme des

Steintoblerbergbaugesetzes in zweiter Lesung gegen die Stimmen der drei sozialistischen Gruppen. Als die dritte Lesung beginnt, hält Abg. Hue (Soz.) eine heftige Rede gegen das Gesetz, das er als eine Herausforderung der Bergarbeiter bezeichnet.

Beamtenbund gegen den Streik.

Einstweilen keine Urabstimmung.

In von zahlreichen Delegierten besuchten Versammlungen in Berlin gaben die großen Beamtenorganisationen ihre Meinung zu den letzten Reichstagsbeschlüssen kund. Es waren die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten, der Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten, ferner die Landesverbände Württemberg, Bayern, Baden, Sachsen sowie Korporationen der Justiz- und Polizeibeamten, der Kommunalbeamten, der Lehrer, der Bund der technischen Beamten, die Beamtenvereinigung bei den Reichs- und Staatsbanken, Vertreter der Kreis- und Provinzial-, der Post- und Steuerbeamten, der Gewerkschafts- und Aufsichtsbeamten anwesend. Es wurde fast einstimmig der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Regierung selbst zu den Erkenntnis kommen werde, daß den Beamten Hilfe dringend notwendig sei, und es wurde dem Vorstand des Deutschen Beamtenbundes Auftrag gegeben, in der Richtung Schritte zu unternehmen. Das Ergebnis der Beratungen sagt der Deutsche Beamtenbund in folgender Erklärung zusammen:

Der Deutsche Beamtenbund stellt fest, daß weder Erlasse noch Verfügungen der gewerkschaftlich organisierten Beamenschaft das verfassungsmäßige Recht nehmen können, lebenswichtige Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erkämpfen.

Die im Deutschen Beamtenbund zusammengeschlossenen Beamten halten aber die allgemeine politische Lage des deutschen Volkes zurecht für so ernst, daß sie in pflichtmäßiger Wahrnehmung des ihnen verfassungsmäßig obliegenden Dienstes am Volke im gegenwärtigen Augenblick nicht gewillt sind, von dem letzten gewerkschaftlichen Mittel Gebrauch zu machen.

Der Deutsche Beamtenbund kann und will jedoch mit diesem Entschluß seine bisherigen wirtschaftlichen Forderungen nicht preisgeben; er fordert nach wie vor eine unverzügliche Anpassung des Dienstverhältnisses der Beamten an die allgemeine wirtschaftliche Lage und jene Sicherstellung des Existenzminimums, die allein die staatsverhaltenden Grundlagen des Berufsbeamtentums gewährleisten.

Der Deutsche Beamtenbund soll dahin übereingekommen sein, mit Rücksicht auf die in der nächsten Woche in Brüssel stattfindende Konferenz im Augenblick von der Urabstimmung Abstand zu nehmen. Er stellt die Aktion zurück bis nach Beendigung der Brüsseler Konferenz bzw. bis nach den Feiertagen.

Die Teuerungszuagen im Reichsrat.

Infolge der vom Reichstag dazu beschlossenen Abänderungen hat sich der Ausschuss des Reichsrats nochmals mit der Vorlage beschäftigt. Er empfiehlt dem Plenum die Annahme der Reichstagsbeschlüsse. Der Berichterstatter hob hervor, daß der Gesetzentwurf in der Öffentlichkeit vielfach scharf kritisiert worden wäre. Man habe von einem Teuerungsgeld gesprochen. Um den Wünschen der Beamten weiter entgegenzukommen, sei dann in einer Besprechung zwischen der Regierung und den Regierungsparteien eine Einigung zustande gekommen, und der Reichstag habe auch die Ortsklassen D und E berücksichtigt und die Sätze erhöht auf 150 % in Klasse A, 125 % in Klasse B, auf 100 % in Klasse C und in Klasse D und E auf 75 %. Der fächliche Vertreter bemerkte, daß schon mit Rücksicht auf die nicht mehr ganz richtige Gestaltung des Ortsklassenverzeichnis keine Regierung gewünscht hätte, die Kinderzulage einheitlich zu gestalten. Bei der Dringlichkeit der Sache sei das aber nicht mehr möglich, und seine Regierung lände sich mit den Beschlüssen des Reichstages ab. Der Reichstag stimmte einstimmig den Beschlüssen des Reichstages zu, und Finanzminister Wirth stellte ausdrücklich die einstimmige Annahme fest.

Rheinlandkommission und Kindererleid.

Verbot von Artikeln über den Kindererleid.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat ein Verbot von Zeitungsartikeln erlassen, die sich mit dem Kindererleid in Deutschland befassen und es auf die Forderung der Alliierten gegenüber Deutschland zurückführen. Die Meldung dürfte in dieser Form kaum der Wirklichkeit entsprechen, denn es ist wohl nicht gut anzunehmen, daß die rheinischen Zeitungen als Ursache des Kindererleids in Deutschland die Forderung der Entente angegeben haben. Die rheinischen Zeitungen haben wohl wie die gesamte übrige deutsche Presse darauf hingewiesen, daß das Kindererleid in den deutschen Großstädten die Forderung der Entente auf Auslieferung der Wirtschaft, vom allgemein menschlichen Standpunkt aus, geradezu als eine Unmöglichkeit erscheinen läßt. Aber das gerade wird es sein, was der Entente das Konzept verdirbt. Sie scheint eben nachgerade selbst zu fühlen, in welchem Lichte sie sich zeigt, wenn sie jahrelang in allen Tonarten und mit dem ganzen Aufwand der ihr möglichen Stimmkraft behauptet hat, der Krieg gegen den deutschen Militarismus sei eine Aktion der Menschlichkeit gewesen, und die Menschlichkeit verlange es, daß das deutsche Barbarentum vernichtet werde, — und wenn sie nun den deutschen Kindern die letzte Nahrungsquelle entzieht, denselben deutschen Kindern, deren elender körperlicher Zustand, deren Unterernährung und Elend von einwandfreier internationaler Seite und besonders von den Hilfsmitteln zahlreicher neuerlicher Länder festgestellt worden ist. Wo bleibt da die Menschlichkeit?

Teil der französischen Nation, deren Ruf ohnehin schon in der letzten Zeit bedenklich schadhast geworden ist. Die Rhein- und Kommission, die wahrscheinlich einer Annexion der französischen Regierung gefolgt ist, sieht wohl ein, daß schließlich doch das Verlangen auf Auslieferung der Mischlinge den Charakter einer Wohltat für das eigene Volk immer mehr verliert, und immer mehr das Odium einer großen, in der Geschichte aller Völker beispiellosen Robott annimmt, daher mit jedem Tage unhaltbarer wird. Wenn sie Zeitungsäußerungen über das Elend der deutschen Kinder im Zusammenhang mit dem französischen Verlangen verbietet, so treibt sie damit doch nur Vogelstrauß-Politik; denn daß dadurch die Unnatürlichkeit der französischen Auslieferungsforderung in milderen Dichten erscheint, glaubt sie wohl selbst nicht. Im Rheinland kann sie wohl eine Festinagelung ihrer Unmenschlichkeit verbieten, aber die gesamte übrige Welt wird sich dadurch nicht abhalten lassen, über die ruhmreiche Grander-Nation, die einmal die Trägerin viel gerühmter Charaktereigenschaften gewesen ist, ihr vernichtendes Urteil zu sprechen.

Die Dienstgrade der Reichswehr.

Oberbefehlshaber und Soldaten.

Einem vom Chef der Seereiseleitung unterzeichneten Erlaß entnehmen wir nachfolgende zum Teil neu geschaffene Dienstgradbezeichnungen, wie sie für das 100 000-Mann-Heer vorgesehen sind.

Nach dem Krieg heißen alle Angehörigen des Reichsheeres mit Ausnahme der Beamten „Soldaten“. Die zerfallen wie bisher in Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere, zu denen auch Sanitäts-, Veterinär- und Zeugoffiziere zählen. Die Dienstgrade der Mannschaften bei der Infanterie, einschließlich der M.-S. und M.-B.-Kompanien sind: „Schüge, Oberschüge, Gefreiter und Obergefreiter“, bei der Kavallerie: „Reiter, Oberreiter, Gefreiter und Obergefreiter.“ Es sind also zwei Grade vor und nach dem Gefreiten neu geschaffen worden.

Bei den Unteroffizieren ist der Grad des Sergeanten und der des Vizefeldwebels fortgefallen. Auf den Unteroffizier folgt der Unterfeldwebel, dann der Fähnrich, dann der Feldwebel-Wachmeister, bzw. Schirmmeister, Funkmeister oder Briefkaufmeister. Den 5. Grad der Unteroffiziersklasse, von unten, bildet der Oberfähnrich, und den 6. Grad für sich allein der Oberfeldwebel. An 7. Stelle sind Funkmeister und Oberfunkmeister aufgeführt. Der Führer des Gruppenkommandos ist der Oberbefehlshaber. Bei der Division (Wehrkreiskommando) heißt der Führer Kommandant und Vizekommandant im Wehrkreis. Alle Generale werden mit „General“, die übrigen Offiziere und Mannschaften mit ihrem Dienstgrad angedeutet. Werden Mannschaften in geschlossenen Verbänden angedeutet, so können Bezeichnungen wie „Grenadiere“ usw. gebraucht werden, die bei jenen Verbänden des alten Heeres gebräuchlich waren, deren Überlieferungen der jeweilige Reichswehrruppenteil auf Grund einer besonderen „Verleihung“ des Reichsheerministers fließt.

Bismarcks 3. Band.

Prinz Wilhelm in Opposition. — Der entscheidende Augenblick. — Windthorst's Besuch. — Jarrist'sche Bescheidenheit. — Bismarck's Abschiedsgesuch. — Charakteristik Wilhelm II.

Die Auslandspressen bringt ausführliche Auszüge aus dem in Deutschland noch durch Gerichtsbeschluss verbotenen dritten Band von Bismarck's Erinnerungen. Aus dem Inhalt sei folgendes herausgegriffen:

Das erste Kapitel: „Prinz Wilhelm“ schildert die anfängliche Verehrung des Kaisers für den Kronprinzen, dann den rasch aufsteigenden ersten Zwiespalt noch zu Lebzeiten seiner beiden Ahnen. In einem Briefe nennt Prinz Wilhelm im Jahre 1887 den Kaiser den Mann, dessen „herrliches Werk“, das Reich, noch lange vor ihm, dem Schöpfer selbst, gescheit und gescheitert werden möge. Doch zugleich verteidigt sich der Prinz damals wegen seines Eintretens für den antisemitischen Barver Stöcker, den Bismarck mit einem seiner klassischen Epigramme in seinem Antwortbrief „doppelt gefährlich“ nennt, denn „als Politiker ist er Blasse, und als Blasse ist er Politiker.“

In einem weiteren Briefe kündigt der Prinz, ein Jahr vor dem Tode seiner beiden Ahnen, dem Kaiser einen Erlaß an seine, des Prinzen, „Kollegen“ an, an die deutschen Fürsten, denen er im Augenblick seiner eigenen Thronbesteigung später ausdrücken möchte, wie er sich mit ihnen beraten wolle, ehe er befehle; denn — so fügt Wilhelm an Bismarck hinzu — „dort ist mir werden!“ Diesen Erlaß wünscht Wilhelm verweigert an sämtliche Vertriebenen Vorfahren im Reich zu schicken, damit er sofort bei der Thronbesteigung überakt bekannt werde. Bismarck erwidert darauf: „Dort ist Eure königliche Hoheit ergebenst bitten, den mir gütigst überlanten Entwurf unverzüglich den Flammen zu übergeben.“

Der entscheidende Augenblick naht heran. Es ist im Januar und Februar 1890, einige Wochen vor der Entlassung als Bismarck in einem neuen Konflikt mit seinem Herrn, in einem neuen Konflikt mit seinem Herrn, in einer Szene im Berliner Schloß, die er anschaulich schildert, plötzlich die direkte Frage stellt: „Es scheint, ich bin Eurer Majestät im Wege!“ Und er fährt fort: „Der Kaiser schwieg, bejahte also.“ Zeigt die Stimmung des Kaisers um — und der alte Trotz, all jener Groll, die ganze Unfähigkeit seines lebensschaffenden Wesens werden sich gegen den Bedrücker, um ihm nun gerade den Abschied möglichst schwer zu machen. Das Kapitel „Meine Entlassung“ zeigt einen Mann, der nach allem, was er für den Staat geleistet hat, nicht still weggehen, sondern mit einem Krach zum O. ben gezwungen werden will. Bei mehreren Sitzungen, denen der Kaiser präsiert, nimmt das gesamte Kabinett, teils durch Abstimmung, teils durch Schmelgen, gegen den Kaiser für den Kaiser Partei, und als Bismarck nachher fragt: „Warum?“, erwidert ihm einer: „Es muß etwas geschehen, was ihm gefällt!“ Bismarck knüpft daran die hochstehende Bemerkung, er freue sich, die Macht des Königs in Preußen so stark gefestigt zu finden, die 1893 (als er eintrat) so sehr erschüttert war.

Schließlich, um Mitte März, wird der Kaiser immer dringender und nimmt den bekannten letzten Besuch Windthorst's, des Zentrumsführers, bei Bismarck zum Anlaß einer entscheidenden Szene. Er sagt sich auf neun Uhr morgens bei dem Kaiser an, doch so, daß der alte schlaue Fürst um 1/2 9 Uhr davon benachrichtigt wird. Als dies Bismarck hinter einer höflichen Floskel den Kaiser wissen läßt, sagt dieser kurz, der Bote sei schon gestern nachmittag abgegangen. Darauf taucht er scharf Windthorst's Empfang durch den Fürsten. Dieser nimmt das Recht für sich in Anspruch, in seinem Hause Politiker von Disziplin empfangen zu dürfen. Der Kaiser erwidert: „Auch dann, wenn ich es Ihnen, als die Souverän, verbiete?“ Bismarck bejaht. Der Kaiser kommt auf den neuen Reichstag, auf die Sozialversicherung und andere Punkte zu sprechen, in denen er nämlich, wie er voraus weiß, mit dem Fürsten divergiert, schließlich auf seinen Verlingungswunsch: seinen Besuch beim Kaiser von Rußland bald zu wiederholen. Darauf hat Bismarck gewartet! Gehten siehst aus seiner Mappe ein Altkleid hervor, und mit dem Blick darauf warnt er den Kaiser vor einem neuen Besuche: denn erst vor einigen Tagen sei ein Bericht des deutschen Botschafters in London,

des russischen Botschafters, eingetroffen, der recht able, abfällige Urteile des Kaisers gegen den Kaiser verzeichnete, die ihm glaubwürdig übermitteln seien. Der Kaiser fragte nach den Einzelheiten. Bismarck meldet aus. Der Kaiser befehl ihm, den Bericht vorzulegen. Bismarck lehnt ab, so peinliche Dinge ihm selbst zu übermitteln, doch hält er noch immer den Bericht in den Händen, wie eine Leiche. Er hat sich nicht getraut, der Kaiser, jugendlich, neugierig, greift nach dem Bericht, nimmt ihn dem Kaiser aus der Hand und liest ihn selbst. Er wird blaß, unruhig, denn „es standen wirklich recht able Dinge über ihn darin“. Der Kaiser bricht das Gespräch ab und reichte mir gegen seine Gewohnheit nur ganz oberflächlich die Hand, in der er den Helm hielt.“

Bismarck, der seit 30 Jahren preussische Politik getrieben hat, bringt den ohnedies wütenden Herrn durch seinen Vortrag noch mehr in Wut. Hierzu tritt der bekannte Streit über die Frage, ob die Minister direkt oder nur auf dem Umwege über den Ministerpräsidenten mit dem Kaiser amtlich verkehren dürfen. So erreicht er, was er will: die Geduld des ungeduldigen Herrn reißt entzwei, er fordert die Aufhebung jener alten Verordnung, d. h. der Kaiser fordert, daß Bismarck sich selbst aus der Macht legen solle, indem er sie den Ministern einräumt. Bismarck weigert sich, stellt aber seinen Abschied zur Verfügung. Am demselben Mittag schickt der Kaiser dem Chef des Zivilkabinetts, um das angebotene Entlassungsgesuch holen zu lassen. Bismarck erwirkt es, langsam und sehr bedächtig. Wilhelm schickt seinen Flügeladjutanten mit der Order: „er erwarte das Schriftstück bis 2 Uhr mittags.“

Bismarck antwortete: „Ich bin jederzeit bereit, meinen schlichten Abschied sofort zu unterzeichnen.“ Zu einem Abschiedsgesuch, das seiner historischen Stellung entspräche, brauche er aber Zeit.

Zeit folgt in dem Buche das berühmte Schriftstück, das schon am Tage nach Bismarck's Tode durch eine Indiskretion bekannt wurde. Es folgt die Verleihung des Vizepräsidenten und die Verleihung des Vizepräsidenten.

Als Epilog folgt diesem Hauptteil des Buches ein Kapitel: „Kaiser Wilhelm II.“ — Hier wird der Charakter des Kaisers aus den Eigenschaften seiner Vorfahren abgeleitet — doch so, daß deren Schwächen und Fehler als Quellen derselben Schwächen des Kaisers gleichsam entschuldigend aufgeführt werden, während von ihren Stärken und Tugenden bei dem Urteil einfach nicht gesprochen wird. So geht es von der Bräutlinde Friedrichs II. über zu der Vorliebe Friedrich Wilhelms II. für „Lange Kerls“, über die Ruhmsucht Friedrichs des Großen, über Romantik und Schwäche Friedrich Wilhelms IV. bis zur Eitelkeit und Verlegbarkeit Friedrichs III. — und diese Analyse wird nur an einer Stelle mit der Bemerkung unterbrochen: „Nur von einem seiner Ahnen scheint der Kaiser nichts geerbt zu haben, und das ist sein Großvater Wilhelm I.“ — worauf eine unbedingte Verherrlichung dieses Fürsten folgt.

Mit scharfer Kritik über den Vertrag, den Capriol zum Austausch von Helgoland gegen Sansibar schloß, und mit noch schärferer wegen Nichterneuerung des russischen Vertrages, schließt das Buch.

Einer seiner letzten Sätze lautet: „Aus diesen Umständen sehe ich schwere Gefahren für Deutschland, doch auch für ganz Europa aufsteigen. Je später die Katastrophe eintritt, um so furchtbarer wird sie sein!“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ England und der neue deutsche Kreuzer. Wie im englischen Unterhause mitgeteilt wurde, ist der englische Botschafter in Berlin beauftragt worden, sofort eine Untersuchung in der Angelegenheit des vom Hauptausfluß des Deutschen Reichstages bewilligten Baues eines leichten Kreuzers anzustellen. Der Friedensvertrag erlaube Deutschland nur leichte Kreuzer, die 5000 Tonnen nicht überschreiten, zu erbauen. Die Wiedergutmachungskommission, deren Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit gelenkt worden sei, werde sich mit der Frage befassen.

✦ Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hält am 16. Dezember in Berlin eine Vollversammlung ab. Zur Verhandlung stehen u. a. Steuerfragen, Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen zur Förderung der Produktion, die Gestaltung der Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr, ferner die Vieh-, Fleisch- und Milchversorgung.

Deutsch-Oesterreich.

✦ Sinnlose Zerstörung von Millionentwerten. Die Wiener Blätter melden, daß im Auftrage der Entente 500 von den auf dem Flugfelde von Wiener Neustadt befindlichen 1000 Motoren zerstört worden seien. Die übrigen 500 sollen ebenfalls noch vernichtet werden. Außerdem seien bis jetzt auf ungefähr 8000 Quadratkilometern Beständen zerstört worden. Auf ungefähr 2000 Quadratmetern sollen noch Depots geschleift werden. Die Blätter bezeichnen die Zerstörung des Flugfeldmaterials als sinnlose Vernichtung von Werten. Die Arbeiter bejagen, daß durch die Zerstörung der Ententekommission Tausende arbeitslos werden könnten.

Belgien.

✦ Die Volksabstimmung in Eupen-Malmedy eine Parodie. In seiner Kammerrede über die Rückkehr von Deutschen nach Belgien führte Zulimminister Vanderveelde weiter aus, er wisse genau, daß, wenn man in öffentlichen Versammlungen gegen die Deutschen spreche, man Verfall erziele. Aber Deputierte und Senatoren hätten sich für die Rückkehr von Deutschen bereits eingesetzt. Er selbst gehe bei der Zulassung ehemaliger Feinde mit größter Vorsicht vor. 523 Deutsche hätten den Sauf von belgischen Parlamentariern gefunden. Der Sozialist Camille Huysmans sprach sich für Abweisung aus. Sobald Deutschland abgerüstet habe, könnten andere Länder nachfolgen. Eupen und Malmedy sollten kein kleines Elaf-Vorbringen werden, es wäre deshalb besser gewesen, gewisse deutsche Städte nicht zu annektieren. Die sogenannte Volksabstimmung sei eine Parodie gewesen.

Rußland.

✦ Attentat auf Trozki. Aus Moskau angekommene, durchaus vertrauenswürdige Personen berichten, daß auf Trozki während einer Rede, die er an eine an die Südfront abgehende Schützenabteilung richtete, ein Revolverattentat verübt wurde. Der Attentäter, ein ehemaliger Oberleutnant der zaristischen Armee, namens Kozheva, gab aus kurzer Entfernung auf Trozki zwei Schüsse ab, die ihn am Hals und in der rechten Hüfte leicht verwundeten. Der Täter wurde von den Umstehenden unbeschädigt gemacht und zwei Stunden später handrechtlich erschossen.

Vom Tage.

Bevorstehender Streik in der Kleinbahnindustrie.

Essex, 12. Dez. (M.). Der Fabrikantenverein für die Kleinbahnindustrie hat die Lohnforderungen der

Arbeiter wegen der ungünstigen Geschäftslage abgelehnt. In einer Abstimmung stimmten 80 % der Arbeiter für den Streik.

Bayern gegen Verwendung bayerischer Truppen beim Nachregiment Berlin.

München, 12. Dez. (M.). Die offizielle bayerische „Staatszeitung“ verurteilt eine Auslassung über das Nachregiment Berlin und stellt fest, daß die vorige Regierung bei Abordnung von Teilen des bayerischen Kontingents nicht befragt wurde. Der Gedanke einer künftigen andauernden Verlegung von Truppen nach Berlin wird als unzumutbar angesehen und erklärt, daß die bayerische Regierung beim Reichswehrministerium Einspruch erhoben habe.

Handwerk, Kleinhandel und Kleingewerbe.

Berlin, 11. Dez. Die Fraktionen des Zentrums der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen und der Bayerischen Volkspartei haben im Reichstage eine Interpellation über die Lage des Handwerks, des Kleinhandels und des Kleingewerbes eingebracht. Die Interpellation fragt die Regierung, ob sie bereit sei, unter Berücksichtigung der beruflichen Vertretungen Erhebungen über bestehende Verhältnisse und die zweckmäßigen Wege einer Reform zu veranstalten und dabei die Pflichtangehörigen zur Organisation des Handwerks im Sinne der Selbstverwaltungsförderung der Verfassung in Erwägung zu ziehen.

Baugeldzuschüsse.

Berlin, 11. Dez. Im Unterausschuß für das Wohnungswesen haben die unter lebhafter Beteiligung der Regierung geführten Verhandlungen ein vorläufiges Ergebnis erzielt. Es besteht Aussicht, einen gemeinsamen Weg zu betreten, der es ermöglicht, für das Jahr 1921 Baugeldzuschüsse zur Verfügung zu stellen, um etwa 10 000 Wohnungen in Stadt und Land zu schaffen. Voraussichtlich werden in den nächsten Tagen die letzten Grundgedanken festgelegt werden.

Die Beamtenbewegung.

Berlin, 12. Dez. Der Deutsche Beamtenbund veranstaltete heute eine große Demonstration, an der sich die Beamten und Angestellten in großen Mengen beteiligten. Die Zuge sammelten sich in der Kußkestraße und begaben sich dann unter Mitführung von Plakaten, die die Forderungen der Beamten zum Ausdruck bringen sollten, zum Lustgarten. Am Gesichtsausdruck fehlte es dabei nicht; so wurde in einem Zuge ein weißer Zug durchgeführt, der die Inschrift trug: „Hier trägt die deutsche Beamenschaft ihre letzte Hoffnung zu Grabe.“ Der Vorsitzende des Beamtenbundes, Geheimrat Falkenberg vom Reichsamt des Innern, führte aus, daß die Beamenschaft nicht drohen, sondern ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchsetzen wolle; wenn aber alles fehlschläge, so werde sie geschlossen mit den Gewerkschaften Arbeiter zusammengehen. Die Beamenschaft verweigert nicht auf ihre Forderungen, die Entscheidung sei aufgeschoben. Der Reichstag habe versagt und die Beamten könne man nur zureufen, an die richtigen Männer zu gehen. In ähnlichem Sinne sprachen der Redner. Es wurde dann eine Resolution angenommen, in der schärfster Protest gegen die Ablehnung der deutschen Beamtenbund gefordert allgemeinen Leistungsulagen erhoben wird, wie auch gegen die Zahlung des Jahresgehaltes jetzt am 15. Dezember; diese Beschlüsse treibe zur weiteren Verschärfung und bestimme den Niedergang. Die bewilligten erhöhten Zulagen können nur einem kleinen Teil der Beamtenhöf zu Gute und kein keineswegs geeignet, der herrschenden Not zu steuern. Die Versammelten fordern von der Regierung endlich Taten zur Beseitigung des Mangel an Lebensmitteln sowie zur Förderung der Selbstversorgung, gerechte Entlohnung sämtlicher Einkommen bei der Steuer und zeitgemäße Anpassung der Einkommen an die wirtschaftlichen Verhältnisse unter Einhaltung des Existenzminimums.

Nach den offiziellen Ansprachen meldete sich die Opposition zu Worte und verlangte schärferes Vorgehen. Ein Redner versiegte sich dazu, die Führer des Beamtenbundes Betrüger, Schieber und Lügner zu nennen, denen man die Gefolgschaft versagen sollte; auch ein Demonstrationzug durch die Kammerstraße nach der Wilhelmstraße wurde gefordert. Schließlich ging aber die Versammlung doch in Ruhe auseinander.

Eine bezeichnende Wendung.

Kürnberg, 12. Dez. Der Neubau des Germanischen Museums wurde gestern Nachmittag mit einer Feier eröffnet. Hierbei hielten Ansprachen der neue Direktor des Museums, Zimmermann, Reichsminister Dr. Koch, der bayerische Kultusminister Matt und der Erste Bürgermeister Dr. Luyke. Allgemein fiel es auf, daß Kultusminister Matt bei seiner Ansprache die Wendung „vorübergehend versunkenes Kaiserreich“ was umso schwerer ins Gewicht fällt, als eine rhetorische Entgegnung nicht vorliegen kann, da der Minister kein Rede vom Manuskript ablas.

Frankreich stimmt gegen die Abrüstung auf der Böhmerbundsagung.

Genf, 12. Dez. In der öffentlichen Sitzung der Abrüstungskommission wurde am Sonnabend der von Vertreter Norwegens, Lange, gestellte Antrag, der sich auf die Staaten wenden mit dem Ersuchen, vorläufig in den nächsten Jahren das Verbot des letzten Friedensjahres nicht zu übersteigen, gegen die französische Stimme, einstimmig angenommen.

Japanische Forderungen bei Erneuerung des englischen Bündnisses.

London, 12. Dez. (M.). Baron Salomoto, ein bekanntes Mitglied des japanischen Oberhauses führte in einer Rede aus, daß wenn Japan den Allianzvertrag mit England erneuere, es die Erreichung des Parag. 4 zu fordern müsse, der die Allianz für den Fall eines Krieges zwischen Japan und Amerika außer Kraft setzt.

Die hebräische Sprache in Palästina.

London, 12. Dez. (U). Auf eine Anfrage im Lord's estate der Earl of Crawford für den Sekretär der Antwort, daß die Annahme des Hebräisch als einer offiziellen Sprache in Palästina einen Schritt zur Verwirklichung der Balfourdeklaration sei, d. h. zur Schaffung eines nationalen Staates der Juden in Palästina. Bei der Anwendung der Deklaration — führte der Earl of Crawford aus — mit Recht darauf gerechnet, daß die Hebräisch Sprache eine wichtige Rolle spielen werde. Er beauftragte, zu erklären, daß die hebräische Sprache offiziell anerkannt wurde, das klassische Hebräisch ist, den Anforderungen, wie sie die Notwendigkeiten erfordern.

Kommunisten und Unabhängige.

Hamburg. Eine im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Hamburger Rechts-Unabhängigen, in der Hermann (Berlin) sprechen sollte, wurde von den in der Halle anwesenden Kommunisten, die nach Abtrennung der Kontrolle eingebrungen waren, gezwungen, es zu einer schweren Schlägerei kam, bei der auch Mann mit Fäusten bearbeitet wurde.

Korfanth bleibt!

Brüssel O.S. Der Antrag auf Ausweisung Korfanth's Oberkassiers wegen seiner aufhebenden R den ist abgelehnt worden. Daraufhin haben die deutschösterreichischen Parteien, dem General de Rond mitzuteilen, daß sie ihre Teilnahme am partiatischen Beirat Oberkassiers einstellen werden.

Die deutschen Milliarden in Belgien.

Brüssel. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Zahlung der 61 Milliarden Mark, die sich seit der Besetzung in Belgien im Umlauf befinden, wird in kürzester Frist erfolgen. Entgegen anderen Nachrichten sind seit den unverschiedenen Verhandlungen, die gelegentlich der Brüsseler Konferenz geführt worden sind, keinerlei Schritte in der Angelegenheit mehr unternommen worden.

Wichtige Meldungen.

Berlin. Die deutsche Note wegen Oberschlesien wird den deutschen Botschafter in London übergeben werden. Nach der Übergabe in London erfolgt die Veröffentlichung der Note.

Berlin. Der kürzlich in Paris wohnende amerikanische Journalist Mc Cormick, ein naher Freund Garbino's, Hauptredakteur der „Chicago Tribune“, beabsichtigt, um die Weisung nach Berlin zu kommen.

Demokratischer Parteitag.

Mürnberg, 11. Dezember.

Hier wurde der zweite ordentliche Parteitag der Deutschen demokratischen Partei eingeleitet mit einer Tagung des Reichsausschusses der demokratischen Studenten, auf der 20 Universitätsstudenten waren, sowie Abordnungen der belebtesten Gebiete, Preussens und des Auslandes. Über die ständige Erneuerung studentischen Jugend sprach Professor Göttsch und forderte auf, sich mit einem Idealismus der Tat einzusetzen für nationale, sozialen und kulturellen Bestrebungen. Die Tagungsgedächte in einem einstimmig gefassten Beschlusse, die demokratischen Universitätsjugend und rat sie, auszuweisen in dem Kampf für das bedrohte Deutschland und die deutsche Kultur. Der demokratische Parteiausschuss war unter Vorsitz von Senator Petersen auf kurze Zeit verammelt, die Wahlen vorzubereiten. Zu Vorstehenden wurden vorgewählt: Dr. Peterlen, Professor Gerland, Dr. Heber, Dr. Bauer, Dr. Heber, Reichsminister a. D. Schiffer, Reichsminister a. D. Günther, Kommerzienrat Oberlein, Dr. Königsberger, Direktor Mertens, Direktor von Berlin und Abgeordneter Erkelens. Die Vorschläge von dem Parteiausschuss angenommen. Unter Vorsitz von Dr. Heber tagte eine außerordentliche Vertreterversammlung der demokratischen Angestellten und Arbeiter. Reichstagsabgeordneter Erkelens sprach hier über Demokratie und wies, daß den Arbeitnehmern ein weitgehendes Recht der Mitbestimmung einzuräumen sei. Eine eingehende Aussprache über den Vortag.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 13. Dezember.

* Die Preuss. Südd. Klassen Lotterie hat heute der Lose von der 17. (243) Lotterie ab, erhöht. Es sind jetzt 1/4 Bole M. 8 1/4 M. 16 usw. Die Lose sind entsprechend erhöht. Es werden in den 5 im Ganzen 108 Millionen Mark ausgesetzt. Der Gewinn beträgt im günstigsten Falle M. 1.100.000. (Unnötige Sorgen.) Es ist eine alte Erfahrung, daß ein großer Teil der Ziegen bei Straf- und Verurteilungen nicht verurteilt zu werden braucht, trotzdem natürlich die heute sehr hoch gewordenen Ziegen erhalten muß. In einer Eingabe an den Justizminister hat ein Strafkammerpräsident auf diesen Mangel hingewiesen und angeregt, daß dem Gericht zur Entscheidung über die Notwendigkeit der Ziegen vorab gemacht werde, die Notwendigkeit der Ziegen vorab gemacht werde, die Notwendigkeit der Ziegen vorab gemacht werde.

* (Müllerkreisel im Oberlahnkreis.) Die Vereinigung des Oberlahnkreises veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Durch die eingeleitete Revision und der damit verbundenen unredlichen Schließung mehrerer Mühlen, sehen wir uns gezwungen, den Betrieb der Mühlen an einem noch näher bestimmenden Tag einzustellen. Es sei denn, daß das Gesamt resp. die Regierung die Schließungen der Mühlen unterläßt, die Schließung der Mühlen, etwaige Änderungen der Mühlen und Beschlagnahme des Gesamt aufhebt. Demgegenüber will die Regierung vorstehen, daß bei einer derartigen Schließung von der Betrieb von beauftragten Facharbeitern sofort unterbrochen wird.

* Die Verfeuerung minderwertiger Brennstoffe. Die große Knappheit an hochwertigen Brennstoffen hat es bekanntlich erforderlich gemacht, daß anstelle hochwertigen Brennstoffe minderwertige verfeuert werden oder solche wenigstens in erheblicher Menge als Streckungsmittel benutzt werden müssen. Die Voraussetzungen, unter denen die Verfeuerung von minderwertigen Brennstoffen mit Erfolg gelingen kann, ist in wärmetechnischen Kursen und Zeitschriften schon theoretisches Material geliefert worden. Es liegen Angaben über die hierbei gewonnenen Betriebsergebnisse nur in ganz geringem Maße vor. Die Preuss. Kohlenwirtschaftsstelle Frankfurt a. M. beabsichtigt, daß von ihr auf diesem Gebiete gesammelte Ma-

terial in einem Lichtbildervortrag den interessierten Kreisen zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck wird Herr Obergewerkschaftsleiter Schmitt, Referent der Preussischen Kohlenwirtschaftsstelle Frankfurt a. M. am 18. Dezember 1920, 7 Uhr abends, in der Universität Gießen, großer Hörsaal, einen Lichtbildervortrag über die Umstellung industrieller Kesselanlagen auf die Verfeuerung minderwertiger Brennstoffe halten, der dazu bestimmt ist, den in der Betriebsführung der Industrie tätigen Herren die bewährten Systeme für Verfeuerung minderwertiger Brennstoffe und die damit gesammelten Erfahrungen vorzuführen und an den sich eine Diskussion anschließen soll. In Frage kommen für den Besuch des Vortrages in erster Linie Beamte mittlerer Werke und die Inhaber kleinerer Betriebe, welche nicht in der Lage sind, sich entsprechend vorgelagerte Zivill-Ingenieure halten zu können. Der Vortrag wird nach Bedarf wiederholt werden.

Weglar 12. Dez. Eine von nahezu 300 Handwerkern besuchte Versammlung des Kreisverbandes selbstständiger Handwerker zu Weglar fasste folgende Resolution: Im August l. Js. stellten sämtliche 63 Gemeindevorstehungen des Kreises Weglar das Verlangen, daß die maßgebenden Stellen der Förderung der großen Mehrheit der Bevölkerung baldige Rechnung tragen mögen, welche Forderung dahingehend, den Anschluß des Kreises an die Provinzial-Hausbau in die Wege zu leiten. Das gesamte Handwerk des Kreises Weglar erkennt die Notwendigkeit einer Abgrenzung geschlossener wirtschaftlicher Gebiete nach Maßgabe günstiger und billiger Verkehrs- und Verwaltungsmöglichkeiten und stimmt aus diesem Grunde dem Verlangen der Gemeinden zu. Des weiteren wollen die selbstständigen Handwerker des Kreises Weglar, um nicht auch ihrerseits unter der Abgeschnittenheit ihres Kreises zu leiden, eine natürliche Angliederung in organisatorischer Hinsicht anstreben. Die Rücksichtung, die einzelnen Verwaltungs- und Amtsstellen den Forderungen des Handwerks in Preis- und Vertretungsfragen zuteil werden lassen, sowie die dringende Notwendigkeit, das gesamte Handwerk gegen Einfälle jeder Art, die auf dessen Schädigung abzielen, kräftig abzuwehren, fordert engsten Zusammenschluß aller Interessengruppen. Der heute schon an 1000 Mitglieder zählende Kreisverband selbstständiger Handwerker des Kreises Weglar ermächtigt daher seinen Vorstand, den Kreisverband der nassauischen selbstständigen Handwerker für Handwerker und Gewerbe, dem Verband nassauischer Handwerker- und Gewerbevereine, Innungen und gewerblicher Genossenschaften „Gewerbeverein für Nassau“ anzugliedern. Das organisierte Handwerk des Kreises Weglar verlangt, entsprechend seiner Kopfzahl, im Zentralvorstand der Gesamtorganisation vertreten zu sein. Aus der Erkenntnis, daß ohne engste Fühlung mit den handwerkseigenen politischen Parteien ein Durchsetzen der Forderungen des Handwerks erschwert ist, verlangen Handwerker und Gewerbe des Kreises auch eine entsprechende Vertretung in dem Wahlausschusse der nassauischen Gesamtorganisation. Der Kreisverband Weglar will mit seinen benachbarten 16 nassauischen Kreisverbänden ein leistungsfähiges Glied in der freien Organisation von Handwerk und Gewerbe sein und durch energische Mitarbeit dazu beitragen, daß dem Handwerk jene Rechte gesichert werden, auf die es kraft seiner Stellung im Wirtschaftsleben Anspruch erhebt.

Limburg. (Schleberautos.) In der letzten Kreisversammlung wurde auch eines Schleberautos Erwähnung getan. Wie der Landrat aber mitteilt, handelt es sich um drei verschiedene große Lastautos, die im Dienste des Lebensmittelwuchers stehen und nachts vor allem Getreide aus dem Kreise fortzuschleppen. Mit welcher Vorzüglichkeit diese Lebensmittelwuchser arbeiten geht daraus hervor, daß man jetzt beobachtet haben will, daß dem eigentlichen Lastauto Motorradfahrer oder sogar ein Personencar als Aufwärtler und Kundschaffter vorausfahren, um im Falle drohender Gefahr das Schleberauto warnen zu können. Der Landrat hat die Landjäger angewiesen, unnachlässiglich vorzugehen und nach geschicktem Halter auf räuberische auf den Benzinhälter zu feuern. Wie eifrig die Landjäger bemüht sind, den Anweisungen ihrer Vorgesetzten zu folgen, um des Schleberautos habhaft zu werden, mußte der Landrat dieser Tage, als er mit seinem Auto von der Oberschlesierfeier in Niederfelders nach Limburg zurückfuhr, am eigenen Leibe erfahren; denn plötzlich fand er die Straße durch einen quergebundenen Wagen gesperrt und zwei Landjäger mit schußbereiten Karabinern näherten sich dem landrätlichen Kraftwagen zwecks Feststellung des Inhalts. Man erfährt bei dieser Gelegenheit, daß der Landrat bereits drei Fahrräder, die im Dienste des Wuchers gestanden haben, für den Kreis beschlagnahmt hat, erhofft auf ähnliche Weise dem Kreise zu einem billigen Lastauto zu verhelfen; allerdings macht die Unmöglichkeit, nachts zu telefonieren, das Ergreifen des Schleberautos schwer.

Frankfurt, 12. Dez. In einer stark besuchten Versammlung im Jillettal sprachen gestern Vormittag unabhängige Stadtverordnete gegen die Kommunalfiskalisierung von städtischen Betrieben, wie sie durch die neu zu bildenden „Kommunalen Werke“ geplant sei. Die Wahl des Direktors Lühme von der Gasgesellschaft und der Direktoren des Hedderheimer Gaswerks als Betriebsdirektoren zeigten, daß man die verbündeten Betriebe der Stadt Frankfurt dem Einflusse von Stinnes auszuliefern gedenke. An diesen beiden Gaswerken ist Stinnes beteiligt. Mit der Schaffung der „Kommunalen Werke“ wollte man lediglich die Voraussetzungen für die Sozialisierungen zerschlagen. In der Diskussion kam es, als ein kommunistischer Redner ins politische Gebiet abwich, zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Unabhängigen und Kommunisten.

Cassel, 12. Dez. (Der Prozeß gegen die Marburger Studenten.) Am Montag hat sich das hiesige Schwurgericht mit der Anklage gegen vierzehn Marburger Studenten wegen der Reichertinger Vorgänge zu beschäftigen. Die vierzehn Studenten, von denen einer Philologie, vier Jura und neun Medizin studieren waren von dem Marburger Kriegsgericht von der Anklage des Totschlages freigesprochen worden, da sie nach Ansicht des Gerichts, berechtigt waren, auf die ihnen zum Transport übergebenen, wegen Hochverrat und Landfriedensbruchs festgenommenen Leute, bei einem Fluchtversuch zu schießen. Auch diesen Fluchtversuch hat das Gericht als erwiesen angenommen. Gegen das freisprechende Urteil, das lebhaft besprochen worden ist, war erfolgreich von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden. Da

die Militärgerichte aufgehoben worden sind, wurde die Sache vor das hiesige Schwurgericht verwiesen. Es sind über 80 Zeugen geladen.

Kaasphe. In der Nacht zum Donnerstag gegen 12 Uhr brach in der Niederlaascher Mühle Feuer aus, das wahrscheinlich infolge von Kurzschluß entstanden ist. Mit großer Schnelligkeit griff das verheerende Element um sich, so daß in kurzer Zeit das ganze Hauptgebäude in einem Flammenmeer stand, dem die verschiedenen Feuerwehren der Umgegend fast machtlos gegenüberstanden und sich darauf beschränken mußten, das anliegende Wohnhaus zu schützen. Der Schaden ist bedeutend, da etwa 8000 Zentner Getreide verbrannt sind, worunter sich auch die Vorräte des Kreises Wittgenstein befanden, außerdem war auch in dem Hauptgebäude die elektrische Zentrale untergebracht, so daß die Gemeinde vorerst ohne Licht ist. Der Schaden beträgt mehrere Millionen und ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

Hofheim. 14½ Morgen Ackerland in der Gemarkung Kriftel, die seither einen jährlichen Pachtpreis von 650 Mark einbrachten, erzielen jetzt bei der öffentlichen Verpachtung 5900 Mark. Die neuen Pächter sind Landwirte.

Mohfelden a. d. Nahe. Für nicht weniger als 10000 M. verkaufte ein Landwirt aus der Umgegend ein fettes Schwein an einen Unbekannten. Seinen Buchpreis erhielt er in funkelneuen fünfzig-Mark Scheinen ausgezahlt, die sämtlich — falsch waren.

Miez. Der 19 jährige Student Otto Becker erlitt beim Fischen so unglückliche Verletzungen, daß er an den Folgen gestorben ist.

Köln, 11. Dez. Der Rhein ist in der letzten Woche um etwa 1/2 Meter gestiegen. Der Schleppverkehr hat sich in den letzten Tagen wieder etwas lebhafter entwickelt. Bornehmlich waren es noch Transporte von Entente-Kohlen.

Rom, 12. Dez. (Großes Erdbeben.) Meldungen aus Salona zufolge wurde die Stadt Lepotoni und sämtliche Dörfer der Umgegend durch ein Erdbeben zerstört. Die Stadt ist vollständig vom Erdboden verschwunden. Nach den bisherigen Feststellungen wurden etwa 200 Personen getötet; 15.000 Menschen sind obdachlos.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Bed.

Anzeigen.

Stad verordnetenversammlung am 14. Dezember, abends 8 Uhr.

Tagesordnung:

1. Erhöhung der Fäkalienabfuhrgebühren,
 2. Uebernahme der Kosten für Uniformstücke der Polizeibeamten,
 3. Festsetzung des Einkommens der an der Mittelschule auftragsweise beschäftigten Lehrpersonen,
- Geheime Sitzung.

186

Der Stadtverordnetenvorsteher: Arnold.

Das billigste u. schönste Geschenk bleibt ein gutes Buch.

4086

Bücher sind im allgemeinen nur um das 3-fache teurer als vor dem Krieg, während alle anderen Waren das 10-20fache kosten. Man beachte diese Tatsache besonders beim Einkauf von Weihnachtsgeschenken

Oranien-Verlag, Herborn

Von der Zerstörung von Heeresfahrzeugen errührende

4039

Räder,

Achsen und ganze Wagen verkauft
Sieg-Rheinische Lokomotiv- und Maschinenfabrik, Kirchen-Sieg.

Schuhmacherzangsinning für den Dillkreis.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Meister, deren Lehrlinge sich an der

Ausstellung der Lehrlingsarbeiten für das Schuhmacherhandwerk im Dillkreis beteiligen wollen, diese spätestens bis zum 20. Dezember beim Vorstehenden angemeldet werden müssen.

Die Anmeldung muß enthalten:

Namen — Handwerk — Alter — Dauer der Lehrzeit und die Angabe der Ausstellungsarbeit des Lehrlings.

37

Der Obermeister: Schlappig.

Zur gefl. Kenntnisnahme!

Die Wächtersche Mühle habe ich häufig erworben und führe sie unter der Firma:

Dillenburg Walzenmühle

Otto Bretthauer, Dillenburg

Kunden- und Handelsmüllerei

Großhandel in Getreide, Mühlenfabrikaten, Landesprodukten und ähnlichen Waren.

Stets bemüht, allen Anforderungen gerecht zu werden, bitte ich um wohlwollende Empfehlung.

Hochachtungsvoll!

4080

Dillenburg Walzenmühle

Otto Bretthauer.

Telefon Nr. 50

Reichsbank-Giro-Konto

Postfach-Konto Nr. 205 60, Frankfurt a. M.

L. Pfeiffer, Dillenburg

Kass. Landesbank, Dillenburg

Helb. Bank-Verein, Dillenburg

Großhandelserlaubnis vom 24. November 1920.

Für den Weihnachts-Einkauf

offeriere ich meine reichhaltige Auswahl in

Kleiderstoffen, Wolle, Seide und Waschstoffen

Blusenstoffen, Seide, Halbseide, Wolle, Baumwolle

Kostümstoffen, Tuche, Gabardine und Kammgarne

schöne Farbensortimente

zu fabelhaft billigen Preisen

Anzug-, Paletot- und Hosenstoffe

schwarz, blau, marengo und gemustert, prima 75.00 an
reine Wolle, 148 cm breit, per Meter von Mk.

J. Pfeffer, Giessen

Marktplatz.

Suche ein älteres (4067)

tücht. Mädchen

Frau H. Schäfer,
Herborn, Kornmarkt 24.

Älteres, erfahrenes

Mädchen

für Küche und Hausarbeit
gegen hohen Lohn sofort
gesucht. 4085

Frau v. Rhein, Herborn.

Einen gebraucht, fast neu.

Dauerbrandofen,

weil überflüssig billig zu
verkaufen. 4079

Wer? sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Karbid

la neue Werksware per
100 kg Mk. 420. —
— Trommel gratis. —

C. v. Saint-George
Hachenburg
4075 Fernspr. 6.

1 eisernen

Geldschrank

zu verkaufen. 4083
Wo? sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Schwarz. Pelzkragen

Bahnhofstraße — Turmstraße
verloren.

Gegen gute Belohnung ab-
zugeben 4081

Bahnhofstr. 15.

Bucheckern

und alle anderen Delssaat
tauscht ein.

Speiseöl,

Delkuchen

verkauft laufend: 4031

Delfabrik Bindemann,
Herborn, Walkmühlenweg.

Portemonnaie

mit Inhalt

gefunden.

Abzuholen in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Ein Paar

Schneeschuhe

zu verkaufen. 4076

Hauptstraße 63.

Fast neues

Fahrrad

mit
Bereifung

billig zu verkaufen.

J. H. Meckel,

Schloßstr. 8. 4084

Evang. Kirchenchor.

Dienstag, abends 8 1/2
Uhr: Übungsstunde. —
Niemand fehlen! — Probe
für Weihnachten. 4082

Malaga,
Spanischer Süßwein,
Österreich. Süßwein,
Deutsche Weiss-
und Rotweine

empfiehlt
Fr. Bähr, Herborn,
Mühlgasse.

Maschinenöl
Zylinderöl
Maschinenfett
Wagenfett
Puhbaumwolle
Stopfbuchsen-

Dichtungsplatten
empfiehlt
Karl Gaertner,
Wehlar.

Frische
Fettbückinge
eingetroffen bei
Karl Mährlein,
Herborn.

Einen schönen, neuen
noch nicht gebrauchten
Jagdschlitten
zu verkaufen bei
Karl Post, Merkenbach.

17. Preuß. Südböhm.
Klassenlotterie.

Betrag der Gewinn-
in 5 Klassen
108 Millionen Mark
Hauptgewinn im
Falle Mk. 1100 000
Ziehung 11. u. 12. Jan.
1/1 1/2 1/4
Mk. 64, — 32, — 16, —
Porto 50 Pf.
R. Staaf,
Preuß. Lotterie-Einnahme
Siegen.

Sökeland
Pumpernickel

(gegen Städt. Brotmarkt
wieder eingetroffen bei
Karl Mährlein, Herborn.

1 mittelschweres
Arbeitspferd

(9 jährig)
steht zum Verkauf. Näheres
in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Deutsche Volkspartei. Öeffentliche Versammlungen

Es sprechen:

Montag, den 13. Dezember

Dr. Mahler, Hersfeld, abends 1/9 Uhr in Rabenscheid
Jend, Wiesbaden, abends 8 Uhr in Schönbach
Welkom, Kassel, abends 1/8 Uhr in Beilstein
Schindler, Frankfurt, abends 8 Uhr in Driedorf
Kreuzberg, Frankfurt, abends 8 Uhr in Merkenbach
Döring, Hersfeld, abends 8 Uhr in Breilscheid
Leidhecker, Haiger, abends 1/8 Uhr in Hohenroth.

Dienstag, den 14. Dezember

abends 1/9 Uhr in Niederscheid
abends 8 Uhr in Sinn
abends 8 Uhr in Bicken
abends 1/8 Uhr in Herbornseelbach
abends 8 Uhr in Eismroth
abends 8 Uhr in Ueberuthal

Thema:

„Die Deutsche Volkspartei in der Regierung und die politische Lage“.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Freie Aussprache.

Holzbettstellen

großer Auswahl, fein lackiert, von 170 Mark an
empfiehlt 4013

Bettenhaus Richter,

Telefon 154. Dillenburg. Schulstr. 6.

Schafwolle

spinnst und färbt in eigenem Betriebe.

Robert Drott, Limburg a. L.

3297

Frankfurterstraße 37.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teil-
nahme beim Tode unsrer lieben Mutter und
Großmutter sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Angehörigen;

Isbert. Stippler. Rigius.

Herborn, den 13. Dezember 1920.

4067

Weihnachtsbitte für den Erziehungsverein.

Brüder und Schwestern, vergeht uns nicht, wenn wir
jetzt den 220 Erziehungsfindern den Weihnachts-
fest bedenklichen wollen, um ihnen in dieser bittersten Zeit
eine Freude zu machen. Das Nötigste fehlt oft. Gaben
der Liebe nehmen mit herzlichem Dank an die Brüder
des Vereins: Rösger, Hofmann, Böhle, Bohne,
Schumann, Krug, H. Weber-Herborn, sowie der Unter-
zeichnete, oder auch auf unser Postfachkonto Frankfurt
a. M., 18 608.

Herborn, den 27. November 1920 3957

Der Vorsitzende des Erziehungsvereins:
Prof. Dr. theol. Haufen, Dehan.

Wahl zur Handelskammer.

Die Wahlberechtigten des Distriktes werden hier-
durch zur Wahl für vier im Kreise ausgeschiedene Han-
delskammermitglieder auf

Montag, den 20. Dezember 1920, nachmittags
1/5 Uhr, nach Dillenburg (Landratsamt)

Wilhelmstraße, eingeladen.

Dillenburg, den 10. Dezember 1920.

4078 Der Wahlkommissar: A. Wegel.

Junge Leute,

die mindestens das Primanerzeugnis einer höheren Lehr-
anstalt besitzen und beabsichtigen, die Steuerlaufbahn
einzuschlagen, werden bei dem unterzeichneten Finanzamt
zu ihrer informatischen Beschäftigung, zunächst ohne
Entgelt, eingestellt.

Meldungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf nimmt
entgegen

35

Das Finanzamt Dillenburg.